

„Eine ehrliche Aktion“

Keine drei Monate nach der Wahl ist das wichtigste Versprechen des Wahlsiegers gebrochen. Vor allem um die Einheit finanzieren zu können, einigte sich die Koali-

tion auf eine Anhebung der Mineralölsteuer um 25 Pfennig je Liter, einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer und eine Erhöhung der Versicherungssteuer.

Die Koalition war des Streites müde. Ganz lieb und sanft, mit vollendeten Manieren notifizierten die drei Parteichefs Helmut Kohl, Theo Waigel und Otto Graf Lambsdorff am Donnerstag abend ihren Wahlbetrug vom 2. Dezember. Ohne lautes Wort verabschiedeten sich die Amtsträger von ihrem lautstarken Versprechen, die deutsche Einheit ohne höhere Steuern zu bewältigen.

Die Entscheidung, bei der Mineralölsteuer ordentlich zuzupacken, war den Wahlsiegern nicht mal mehr eine Debatte wert. Den Punkt hakten sie rasch ab: Einvernehmen. Die dreistündige Diskussion drehte sich nur noch um eine Frage: Greifen wir die zusätzlich benötigten Milliarden mit einem Zuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer ab, oder schlagen wir bei der Mehrwertsteuer zu?

Die einen plädierten auf mehr Steuern vom Umsatz: Damit werden alle gleich betroffen und nicht nur die Leistungswilligen, die es nach Meinung von Christ- und besonders von Freidemokraten zu schonen gilt.

Andere Koalitionäre waren genau deshalb dagegen: Eine Anhebung der Mehrwertsteuer trifft auch die Rentner, die Arbeitslosen, die Hausfrauen und Kinder.

Verwirrend die Position der Liberalen: Höhere Einkommensteuern seien schlecht für die Konjunktur, doch höhere Mehrwertsteuern wirkten tatsächlich unsozialer. Zwar baten sich die Liberalen aus,

in dieser Woche noch einmal zu prüfen, welche Maßnahme „weniger schädlich“ sei. Aber die Erfinder der Steuerplatitüde „Leistung muß sich wieder lohnen“ signalisierten schon deutlich, daß auch sie lieber bei den Einkommen als bei den Umsätzen zulangten wollen.

Damit ist das Steuerpaket praktisch geschnürt. Obwohl der Finanzminister Waigel dafür ist, hat eine höhere Mehrwertsteuer keine Chance.

Die Milliarden werden aus einer drastischen Erhöhung der Mineralöl- und einer Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer kommen – fünf Prozent, auf ein Jahr befristet, ab 1. Juli dieses Jahres.

Die Steuerlüge ist besiegelt.

„Die Festlegung lautet: keine Steuererhöhung zur Finanzierung der Deutschen Einheit“, so hatte Finanzminister Waigel im SPIEGEL-Gespräch (47/1990) versprochen. „Es bleibt dabei, keine Steuererhöhungen für die deutsche Einheit“, das sei „Ausdruck politischer Ehrlichkeit“, versicherte Kohls Kanzleramtsminister Rudolf Seiters am 19. November. Otto Graf Lambsdorff hielt noch am 18. Februar an dieser Fiktion fest: „Ich bleibe dabei, für die Finanzierung der deutschen Einheit brauchen wir keine Steuererhöhungen.“ Genau deswegen werden jetzt, nach Ausschöpfung der diversen Abgabeböfpe, die Steuern erhöht.

Noch am Mittwoch erlebte ein Teilnehmer im Kabinett eine „gespenstische Diskussion“. Zwei Stunden lang wollte Waigel Steuererhöhungen nur unter dem Verwendungszweck Golfkrieg und Osteuropa zustimmen. Die Freidemokraten fürchteten das Etikett „Kriegssteuer“ und mochten gar keinen Zweck nennen.

Schließlich kam es zu dem grotesken Kabinettsbeschluss, der Finanzminister solle Steuererhöhungen wegen „des Golfkrieges und der Entwicklung in Osteuropa“ vorschlagen, „wodurch auch Spielräume für zusätzliche Ausgaben in den neuen Bundesländern geschaffen werden“.

Die Wahrheit enthüllte Waigel schon einen Tag später im Koalitionsgespräch. Von dem gesamten zusätzli-



Einheitskanzler Kohl: Mittelfristig weitere Löcher stopfen



Parteichefs Lambsdorff, Waigel: „Wir haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera“

chen Finanzbedarf von 28 bis 29 Milliarden Mark, so der Finanzminister, seien 18 bis 19 Milliarden für die neuen Länder bestimmt.

Mit kuriosen Begründungen versuchten die Koalitionäre den Bruch ihres Wahlversprechens zu vertuschen. Die FDP, allen voran Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann, bekenne sich dazu, die Kosten der deutschen Einheit unterschätzt zu haben, deswegen müsse jetzt mehr Geld her.

Die Union aber knickte nicht ein. „Die Probleme wurden nicht unterschätzt“, beharrte der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Rüttgers. Von einer Fehleinschätzung könne keine Rede sein, trotzte auch Waigel noch in der Bundestagsdebatte am Donnerstag.

Der Widerspruch belegt: Natürlich war den Koalitionsspitzen die finanzielle Dimension des Einheitsabenteuers bekannt. Sie wollten sie vor der Wahl verdrängen und vor dem Wahlvolk vertuschen. Und jetzt versuchen die Partner, aus der selbst gestellten Falle mehr oder weniger elegant zu entschlüpfen.

Den Blick entschlossen nach vorn gerichtet, analysierte Otto Graf Lambsdorff am Donnerstag die Lage, die ihm seit Monaten vertraut ist: Man habe nur noch „die Wahl zwischen Pest und Cholera“. Es widerspreche „seiner ganzen ökonomischen Grundüberzeugung“, auf den Einbruch in den Ost-Ländern „mit Steuererhöhungen reagieren zu müssen“. Noch verhängnisvoller aber wäre es, die staatlichen Defizite weiter auszu dehnen.

Wo der Wirtschaftsgraf recht hat, hat er recht. Ein gesamtstaatliches Defizit von 140 Milliarden sei das Äußerste, so Lambsdorff, was im Ausnahmejahr 1991 akzeptiert werden könne. Das war und ist Theo Waigels Obergrenze. Die reali-

stische Bundesbank spricht inzwischen längst von 155 Milliarden, einige Länder glauben selbst damit noch nicht hinzukommen.

Schlimmer aber ist, daß Waigel und die Länder in anderen Haushalten weitere mindestens 100 Milliarden Mark an Schulden versteckt haben. 31 Milliarden Mark verbergen sie im Fonds für die deutsche Einheit, bis zu 28 Milliarden bei der Treuhand und bis zu 50 Milliarden Mark im „Kreditabwicklungs- und Entschädigungsfonds für vermögensrechtliche Ansprüche“. Da bleibt kein Spielraum mehr für neue Schulden oder für neue Aufgaben.

Vom Sparen ist keine Rede mehr; die lauten Versprechen erwiesen sich als vorlaute Versprecher. Nach den Koalitionsverhandlungen hatte sich die Regierung zum Subventionsabbau verpflichtet. In der vorigen Woche bei Vorlage seines Phantom-Haushaltes meldete Waigel erste Erfolge; 37 Milliarden habe er eingespart.

Ein Blick auf die Einzelposten ernüchert. 18,3 Milliarden, rühmt Waigel, habe er durch „Begrenzung des Bundeszuschusses zur Bundesanstalt für Arbeit“ eingespart. Tatsächlich hat er die Beiträge der Versicherten angehoben. 2 Milliarden bringe die „Postablieferung“, das heißt, das Telefonieren wird teurer. 800 Millionen setzt der Finanzminister für den Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung ein, gleichzeitig spendiert er den Berlinern an anderer Stelle eine Milliarde. Helmut Kohl hat seinem Parteifreund Eberhard Diepgen, Berlins Regierendem Bürgermeister, überdies versprochen, das letzte Wort sei damit keineswegs gesagt.

So baut Waigel sich zum Spar-Milliardär auf – zu Lasten Dritter. Echte Einsparungen gelingen ihm nicht.

Wirtschaftsminister Möllemann tönte am Donnerstag ebenfalls noch vom milliardenschweren Subventionsabbau, der in letzter Minute die höhere Einkommensteuer überflüssig machen solle. Doch sein Parteifreund Hans Gattermann, seit sozialliberalen Zeiten Spezialist für Spar-Listen, sieht das realistischer.

Er hat den Koalitionsauftrag, für 6,5 Milliarden Abstriche bei Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vorzuschlagen. Bislang hat er vorsichtshalber mit der Arbeit nicht begonnen. Diese 6,5 Milliarden zusammenzubekommen gilt als unwahrscheinlich. Jedes Mehr wird mit Sicherheit am Widerstand der Lobby scheitern.

Also werden die Steuern steigen – und zwar happig. Bis zu 25 Pfennig pro Liter Sprit müssen die Auto- und Motorradfahrer drauflegen. Auch Öl- und Gasverbraucher werden nicht verschont. Zwar will Finanzminister Theo Waigel die Kilometerpauschale um 10 Pfennig liften, um die Belastung vor allem der Fernpendler etwas zu mildern. Aber auch so bringt der Mineralölsteuerstreich immer noch satte 15 Milliarden Mark für den Fiskus.

Selbst dieser Batzen reicht bei weitem nicht. Mit einer kleinen Drehung an der Mehrwertsteuer-Schraube, schlug Bayerns CSU-Ministerpräsident Max Streibl am Donnerstag im Koalitionskränzchen vor, sei die restliche Finanzlücke am einfachsten zu schließen, mit den geringsten Schäden für die Konjunktur. Ließe man zudem die ermäßigten Sätze – etwa für Lebensmittel – unverändert, sehe der Coup sogar noch sozial verpackt aus.

Doch Streibl, von Parteifreund Waigel nur lau unterstützt, wurde von Helmut Kohl schnell abgeblockt: Rentner,

Studenten und Sozialhilfeempfänger kauften schließlich nicht nur Lebensmittel. Sie, wie auch die einkommensschwachen Ossi, müßten höhere Mehrwertsteuern mittragen und hätten wenig Verständnis dafür.

Als Innenminister Wolfgang Schäuble auch noch zu bedenken gab, daß 35 Prozent der Umsatzsteuer-Mehreinnahmen zunächst in die Kassen der Länder fließen und dieser Betrag wohl kaum zurückzubekommen sei, war „die Mehrwertsteuer-Idee“, so ein Teilnehmer der Donnerstags-Runde, „schnell ziemlich tot“. Übrig blieb damit nur der Vorschlag des CDU-Generalsekretärs Volker Rühle, ein Jahr lang Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer um fünf Prozent anzuheben.

Wer viel verdient, das scheint wirklich sozial, zahlt mehr als der Durchschnitt. Rentner, Studenten und Einkommensschwache bleiben ungerupft. Tatsächlich ist die von der Union gepriesene „soziale Symmetrie“ damit keineswegs hergestellt. Nur die neuen Grausamkeiten haben den Anschein sozialer Ausgewogenheit. Was die Regierenden in den letzten Wochen schon kassiert haben, fällt bei der Betrachtung unter den Tisch.

Um knapp 19 Milliarden Mark steigen in diesem Jahr die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, rechnete Kohl – hinter schalldichten Türen – seinen Koalitionären vor. Im nächsten Jahr addieren sich die zusätzlichen Abgaben sogar auf 22 Milliarden. Während die Arbeitgeber ihren Anteil davon wenigstens steuermindernd absetzen können, geht es bei den meisten Arbeitnehmern voll zu Lasten der verfügbaren Einkommen.

Auch die Anhebung der Mineralölsteuer ist verteilungspolitisch keineswegs neutral; 1981 wußte Helmut Kohl das noch. Da zeterte er über einen entsprechenden Beschluß der damaligen sozialliberalen Regierung: „Ein Skandal.“

Leute mit großen Brieftaschen verkraften den höheren Spritpreis selbstverständlich leichter als Leute mit weniger Geld. Und Pendlern mit langen Wegen zwischen Heim und Job bringt die um 10 Pfennig erhöhte Kilometerpauschale bei weitem nicht den vollen Ausgleich.

Ökologisch, das ist wahr, lassen sich höhere Benzinsteuern allerdings rechtfertigen, und Liberale wie Christdemokraten griffen letzte Woche auch sogleich in den grünen Argumentationskasten, den sie vor Jahresfrist noch als Teufelszeug verschrien hatten.

Hohe Benzinpreise entlasten die Umwelt nur dann, wenn die Bürger weniger fahren. Das aber ist, nach den Erfahrungen aus den Ölpreiskrisen und nach allen wissenschaftlichen Prognosen, bei einem Aufschlag von 25 Pfennig nicht zu

erwarten. Heimlich hoffen die Bonner zudem, der Ölpreis werde nach Ende des Golfkriegs drastisch sinken. Dann fährt der Bürger wie eh und je, merkt den Aderlaß kaum, und die Kassen sind doch voll. Der Koalition gehe es jetzt, bekennt der liberale Steuerfachmann Gattermann freimütig, nicht um Umweltpolitik, sondern um „eine ehrliche fiskalische Finanzbeschaffungaktion“.

Die schien, mit Sprit- und Einkommensteuereinzuschlag, Ende letzter Woche zunächst gelaufen. Die „28 bis 29 Milliarden“, die Kassenwart Waigel als ungedeckten zusätzlichen Finanzbedarf angemeldet hatte, wären damit reinzuholen. Doch ausgerechnet an dem Tag, an dem der Finanzminister bei der Vorlage seines Haushaltes der Öffentlichkeit weismachte, er sei im nächsten

CDU

Nicht ehrenrührig

Die Union rehabilitiert de Maizière – was ihn entlasten soll, belastet ihn tatsächlich.

Als Wolfgang Schäuble vorige Woche im SPIEGEL las, CDU-Generalsekretär Volker Rühle rechnete mit einem „positiven Prüfungsbericht“ des Innenministers in Sachen Lothar de Maizière, war er verwundert: Das Urteil stand offenkundig fest, bevor es das Gericht fällte.

Rühle hatte sich zuvor bei Schäuble nach dem Stand der Untersuchung über



CDU-Vize de Maizière: „Unklare Situation“

Jahr über den Berg und könne die Neuverschuldung dann drastisch zurückfahren, mußte er abends im Kanzlerbungalow bekennen, „mittelfristig“ seien weitere Löcher zu stopfen.

Die Suche nach einem Sicherheitspolster war schwierig. Tabak- und Branntweinsteuern, in der Vergangenheit beliebte Geldquellen vieler Finanzminister, sind weitgehend ausgereizt: Jede neue Erhöhung läßt den Verbrauch sinken, bringt also nichts. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer ist – als EG-Harmonisierung verkauft – in einigen Jahren sowieso fällig. Was bleibt da noch?

Die Versicherungssteuer, schlug ein Regierungsmitglied vor: Drei zusätzliche Prozentpunkte bringen immerhin 1,5 Milliarden. Alle nickten dankbar. Nicht einmal Versicherungsfreund Otto Graf Lambsdorff fand ein Wort dagegen.

de Maizières Stasi-Mitarbeit erkundigt. Der vertröstete ihn: Den Bericht des Regierungsbeauftragten für die Verwaltung der Stasi-Akten, Joachim Gauck, habe er selber noch nicht in Händen. Lediglich die Vernehmungprotokolle der Stasi-Offiziere habe er gelesen.

Schäubles Einschätzung: nicht viel Neues gegenüber dem Sachstand vom vorigen Jahr.

Diese Auskunft genügte dem CDU-General. Die Beschuldigungen, die im Dezember dazu führten, daß de Maizière seine Ämter als stellvertretender CDU-Vorsitzender und Landesvorsitzender von Brandenburg ruhen ließ und auf einen Platz im Kabinett verzichtete, waren plötzlich bedeutungslos.

Nach einem Gespräch mit Helmut Kohl jedenfalls war die Rehabilitierung de Maizières ausgemachte Sache. Den neuen Einstieg soll er als Vorsitzender der CDU-Grundsatzkommission neh-